

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Zahlen, Daten und Fakten zum Umgang und zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Land Bremen

Schon in vorindustriellen Zeiten führten die Menschen eine Abfall- und Kreislaufwirtschaft insbesondere in der Landwirtschaft durch, bei der die Ressourcen wiederverwendet oder in den Stoffkreislauf zurückgeführt wurden.

Auch heute funktioniert eine lebendige Kreislaufwirtschaft (bzw. der Cradle-to-Cradle-Ansatz) entgegen der linearen Wirtschaft als regeneratives System, bei der Ressourceneinsatz, die Abfälle und Emissionen, die Verschwendungen sowie die Umweltverschmutzung mit verschiedenen Strategien reduziert werden. Zu den verschiedenen Strategien gehören u.a. langlebige Konstruktionen, Instandhaltung, Wiederverwendungen und Recycling.

Für den Standort Bremen (und im weiteren Sinne auch Deutschland) ergibt sich durch das Fehlen von diversen Primärrohstoffen für die produzierende Industrie eine wirtschaftliche Notwendigkeit der Kreislaufwirtschaft, um die hiesige Volkswirtschaft nachhaltiger, standfester und selbsterhaltender zu gestalten. Grundsätzlich kommt der Sekundärrohstoff- bzw. Rezyklatwirtschaft sowie der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung für die Transformation hin zu einem regenerativen Wirtschaftssystem zu. Hierdurch kann auch im Sinne der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und weitergehend der gesamten EU gefördert werden. Das Land Bremen trägt als urbanes Zentrum im Nordwesten Deutschlands zu der Transformation bei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Vorbemerkung: Bitte alle Fragen gesondert beantworten

1. Durch ein nachhaltiges Produktdesign (hinsichtlich Materialwissenschaft, Fertigungsverfahren und Produktgestaltung) können Unternehmen vor dem Inverkehrbringen die Recyclingfähigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Produkte erhöhen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

- a. Welche Initiativen/ Vorstöße wurden vom Senat diesbezüglich in dieser Legislatur eingeleitet und umgesetzt und was plant der Senat noch in dieser Legislatur?
- b. Liegen Bremer Unternehmen vor, die in Zusammenarbeit mit dem Senat ihr Produktdesign nachhaltig verändert haben (bspw. in einer Gestaltung ohne Abfall, mit höherer technischer Wiederverwertbarkeit oder mit der (verbesserten) Möglichkeit zum biologischen Abbau)?
- c. Welche gesetzlichen Vorgaben könnten hierzu aus Sicht des Senats beitragen?

2. Verbände (BDE, bvse, VBS) plädieren in einem Forderungskatalog für die Einführung einer Mindestrezyklateinsatzquote im Kunststoffbereich. Plant der Senat eine Mindestrezyklateinsatzquote im Kunststoffbereich oder in anderen Bereichen?

- a. Falls ja, welche Rahmenbedingungen sieht er für diese vor und bis wann will er diese einführen?

b. Falls nein, welche Gründe sprechen aus Sicht des Senats dagegen?

3. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht der Senat vor, um einen (möglichen) Wettbewerbsnachteil für recycelte Ware im Kunststoffbereich oder in anderen Bereichen gegenüber Neuware im Sinne eines Level-Playing-Fields auszugleichen?

4. Verbände (BDE, bvse, VBS) plädieren dafür, den anerkannten grundsätzlichen Vorrang des mechanischen Recyclings gegenüber dem chemischen Recycling gesetzlich festzuschreiben. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

a. Wie steht der Senat zu dem Vorschlag der Verbände?

b. Wie will der Senat mechanisches und chemisches Recycling im Land Bremen gewichten bzw. regulieren?

5. Wie viel Prozent der Kunststoffabfälle können im Land Bremen (Stand März 2025) durch mechanisches Recycling, wie viel durch chemisches Recycling und wie viel durch andere Verfahren (oder gar nicht) wiederverwertet werden?

a. Wie haben sich diese Werte im Vergleich in den letzten zehn Jahren verändert?

b. Wie viel der wiederverwerteten Rezyklate können durch mechanisches Recycling, wie viel durch chemisches Recycling und wie viel durch andere Verfahren (oder gar nicht) wiederverwertet werden?

6. Kunststoffabfälle aus dem Land Bremen werden gemäß der Antwort einer Kleinen Anfrage aus dem Jahr 2022 zur Verwertung in andere Länder exportiert. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

a. Wie viele Tonnen an Kunststoffabfällen wurden in den letzten fünf Jahren jährlich aus dem Land Bremen mit dem Ziel der Verwertung in Empfängerländer exportiert und wie hoch ist der Anteil am nationalen Exportaufkommen von Kunststoffabfällen?

b. Aus welchen Gründen konnten die Kunststoffabfälle nicht im Land Bremen verwertet werden?

c. Wie hoch ist der Anteil an verschmutzten Kunststoffabfällen, die nicht exportiert werden können und welche Maßnahmen kann der Senat ergreifen, um diese einer effektiveren Kreislaufwirtschaft im Land Bremen zuzuführen?

7. Rohstoffe werden über Ländergrenzen deutschlandweit, EU-weit und weltweit genutzt und Aufbereitungs-, Recycling- und Verwertungsanlagen brauchen nationale und internationale Absatzmärkte für Sekundärrohstoffe. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Fragen:

a. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um den Marktzugang zur Abnahme von in Bremen hergestellten Sekundärrohstoffen von nationalen/internationalen Stakeholdern zu erleichtern und einen weitreichenden Absatzmarkt für in Bremen hergestellte Sekundärrohstoffe zu generieren?

b. Welche Initiativen/ Vorstöße wurden vom Senat diesbezüglich in dieser Legislaturperiode eingeleitet und umgesetzt und was plant der Senat noch in dieser Legislaturperiode?

c. Welches Potential an CO₂-Einsparungen sieht der Senat?

8. Welche Bereiche (Altpapier, Altkunststoff, Ersatzbaustoffe) sieht der Senat im Land Bremen, wo es bzgl. der Regeln vom Abfall- zum Produktrecht (auch bei gütegesicherten Sekundärbaustoffen) Reformbedarf geben könnte?

9. Im Regierungsprogramm der CDU von 2023 wird auf Seite 72 auf den Beitrag von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen (in den Bereichen Fortschritt und 3D-Druck/additive Fertigung) im Land Bremen eingegangen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Fragen:

a. Was hat der Senat in dieser Legislaturperiode in solche Einrichtungen und Unternehmen in Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft investiert und was plant der Senat insgesamt diese Legislatur in die Einrichtungen und Unternehmen zu investieren?

- b. Welche Investitionen hat es in dieser Legislatur bereits über welches Programm von Bundeseite gegeben und welche Änderungen erwartet der Senat von der neuen Bundesregierung?
- c. Welches Potential an CO₂-Einsparungen sieht der Senat bei den durch diese Institution vorangebrachten Entwicklungen?

10. Im Landeswahlprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen von 2023, die die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft stellt, wird auf Seite 231 beschrieben, dass es „den Umbau von der linearen Wirtschaftsform zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft“ braucht. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Fragen:

- a. Wie viel hat der Senat in dieser Legislaturperiode bereits in die Kreislaufwirtschaft in Bremen investiert und was plant der Senat insgesamt diese Legislatur in die Kreislaufwirtschaft zu investieren?
- b. Welche Investitionen hat es in dieser Legislatur bereits über welches Programm von Bundeseite gegeben und welche Änderungen erwartet der Senat von der neuen Bundesregierung?
- c. Welches Potential an CO₂-Einsparungen einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft sieht der Senat insgesamt?

11. Welche (ökologischen und bürokratischen) Vorteile sieht der Senat bzgl. eines staatlichen Recyclinglabels im Land Bremen, das den Rezyklateinsatz und die Recyclingfähigkeit von Produkten aus dem Land Bremen transparent macht und welche damit verbundenen Initiativen plant der Senat?

12. Lithium-Ionen-Batterien können in Müllfahrzeugen und Entsorgungsanlagen Brände auslösen. Diesbezüglich ergeben sich die folgenden Fragen:

- a. Wie viele Brände hat es bisher in Müllfahrzeugen /Entsorgungsanlagen in den letzten fünf Jahren gegeben (Bitte pro Jahr angeben)?
- b. Wie steht der Senat zu einem Batteriepfand bzw. einem Pfand auf batteriebetriebene Elektrogeräte?
- c. Wie steht der Senat dazu, Produzenten an die Kosten für Brandschutz, Versicherungen und für beschädigte Müllfahrzeuge /Entsorgungsanlagen zu beteiligen?
- d. Wie steht der Senat zu einer möglichen Kennzeichnungspflicht für Batterien (durch RFID-Technologie)?
- e. Wie hat der Senat auf dadurch entstandene Brände reagiert und welche Initiativen plant er in dieser Legislaturperiode (bspw. Inverkehrbringungsverbote für bestimmte Produkte)?

13. In den Abwässern und Klärschlämmen können Wertstoffanteile wie Phosphor insbesondere in der Landwirtschaft wiederverwendet werden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Fragen:

- a. Wie hoch ist der Anteil an Phosphor und anderen Wertstoffen, die aus Klärschlämmen in Bremen wiederverwertet werden können (bitte für die letzten fünf Jahre im Land Bremen)?
- b. Wie unterstützt der Senat den Ausbau der Infrastruktur für Phosphor-Recycling und anderen Wertstoffen im Land Bremen?
- c. Wie viel hat der Senat in einen Ausbau oder in andere Prozesse in dieser Legislatur bereits investiert und was plant der Senat in dieser Legislaturperiode noch in welchen konkreten Bereich zu investieren?
- d. Welche Investitionen hat es in dieser Legislatur bereits über welches Programm von Bundeseite gegeben und welche Änderungen erwartet der Senat von der neuen Bundesregierung?
- e. Werden Klärschlammmaschinen in einer Deponie gelagert und wenn ja, wie viel und was plant der Senat diesbezüglich?
- f. Welches Potential an CO₂-Einsparungen sieht der Senat?

14. Verbände (BDE, bvse, VBS) fordern, dass umsatzsteuerliche und Körperschaftssteuerliche Privilegien für kommunale Entsorgungsdienstleister abzuschaffen sind und die Wettbewerbsvorschriften durch eine unabhängige Kontrolle sichergestellt werden. Wie bewertet der

Senat diese Forderung für das Land Bremen und welche möglichen Initiativen leitet er daraus ab?

15. Vor dem Hintergrund eines Bürokratieabbaus, einer Planungsbeschleunigung und Digitalisierung der Kreislaufwirtschaft ergeben sich die folgenden Fragen:

- a. Wo sieht der Senat Möglichkeiten, Genehmigungsverfahren im Land Bremen (im Sinne eines One-Stop-Shop-Ansatzes) zu vereinfachen und zu beschleunigen?
- b. Wie viel hat der Senat diesbezüglich in dieser Legislatur bereits investiert und was plant der Senat in dieser Legislaturperiode noch in welchen konkreten Bereich zu investieren?
- c. Welche Investitionen hat es in dieser Legislatur bereits über welches Programm von Bundeseite gegeben und welche Änderungen erwartet der Senat von der neuen Bundesregierung?

16. Wie steht der Senat zur Herstellerverantwortung insgesamt und wie will er diese auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene stärken?

17. Wie will der Senat die Recyclingmärkte auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene besser vor unlauterem Wettbewerb schützen?

18. Welche Maßnahmen sieht der Senat vor, um den Umgang mit klimaschädlichem Methan im Land Bremen im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zu verbessern?

19. Im Bundeswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen von 2025 wird auf Seite 30 beschrieben, dass der Verbrauch von Primärrohstoffen auf Bundesebene gesenkt und langfristig halbiert werden soll. Wie bewertet der Senat die Situation in Bremen und bis wann hält er eine Halbierung des Primärrohstoffverbrauchs für realisierbar?

20. Im Regierungsprogramm der CDU von 2023 wird auf Seite 71 zur Nutzungsdauerverlängerung von Konsumgütern auf die Einrichtung von Ressourcen-zentren in Kooperation mit lokalen Repaircafés, Handwerksbetrieben sowie Einzelhandelsbetrieben (nach dem Vorbild von Wien und Oldenburg) eingegangen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die folgenden Fragen:

- a. Was hat der Senat in dieser Legislaturperiode in solche Projekte investiert und was plant der Senat insgesamt diese Legislatur noch zu investieren?
- b. Welche Investitionen hat es in dieser Legislatur bereits über welches Programm von Bundeseite gegeben und welche Änderungen erwartet der Senat von der neuen Bundesregierung?
- c. Welches Potential an CO₂-Einsparungen sieht der Senat bei solchen Projekten?

21. Im Landeswahlprogramm der SPD von 2023 werden auf Seite 80 mehrere Vorstöße bzgl. der Kreislaufwirtschaft genannt (Einführung von flächendeckenden Mehrwegsystemen sowie eines Reparatur-Bonus, Ausbau von Reparatur-Cafés, Unterstützung von Unverpackt-Läden sowie die Schaffung von Flächen für „Ur-ban Gardening“). Vor diesem Hintergrund ergeben die folgenden Fragen:

- a. Wie weit ist der Senat mit der Umsetzung dieser (Modell-)Projekte bzw. welche Anstrengungen hat er unternommen, um diese voranzutreiben?
- b. Wie viel hat der Senat in dieser Legislatur bereits in diese (Modell-)Projekte investiert und was plant der Senat in dieser Legislaturperiode noch in welchen konkreten Bereich zu investieren?
- c. Welches Potential an CO₂-Einsparungen sieht der Senat in diesen Projekten?

Beschlussempfehlung:

Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

